

avenir aktuell

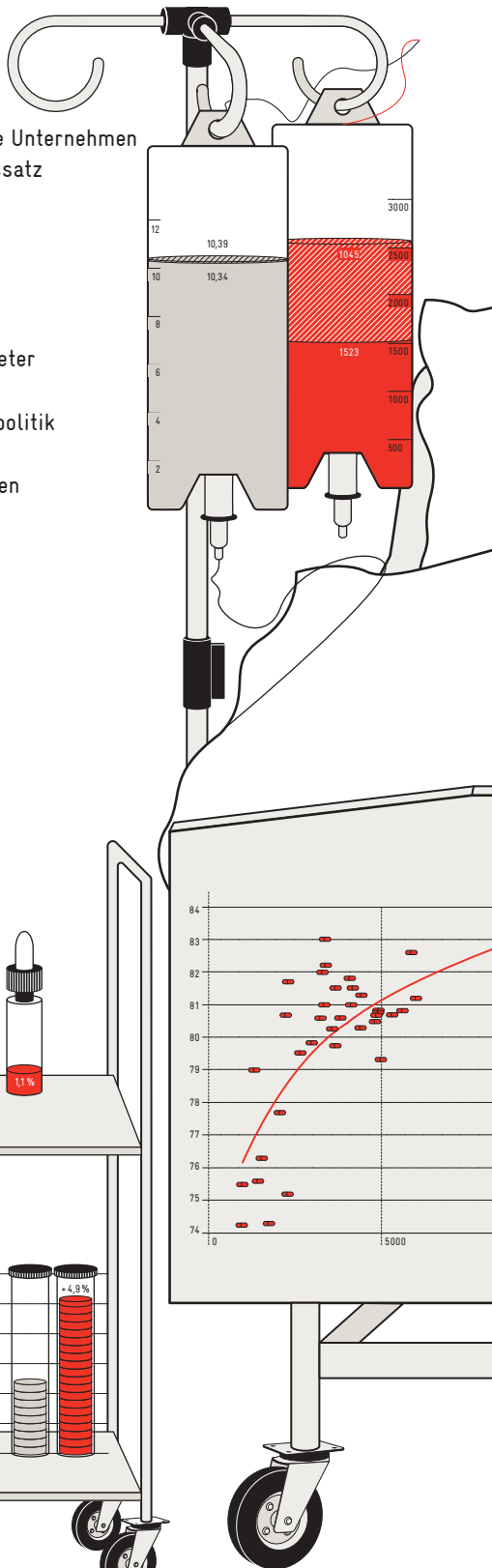
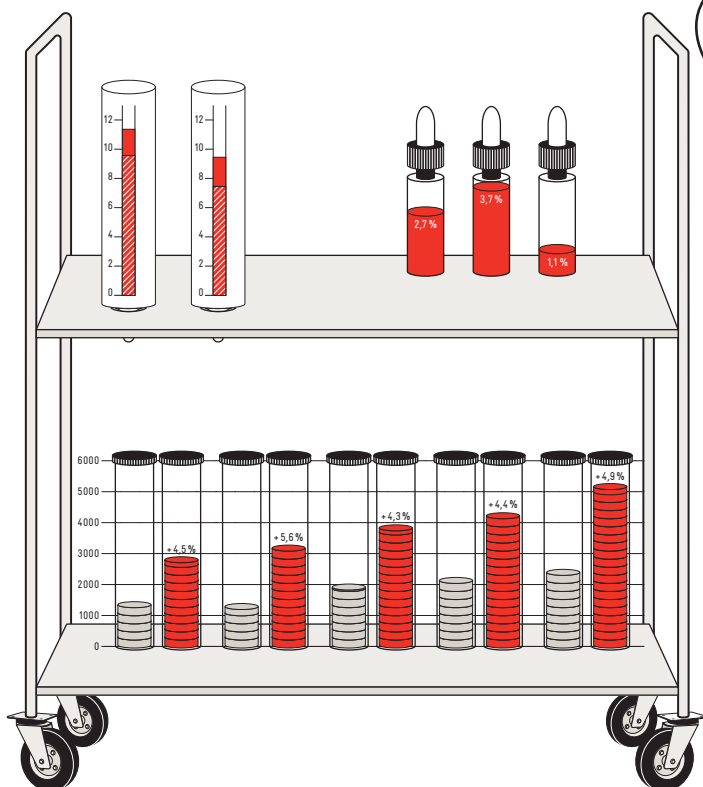
02/2013

- 2 _ Editorial
- 3 _ Multinationale Unternehmen
- 5 _ Umwandlungssatz
- 6 _ Energiepolitik
- 8 _ Wohlstand
- 10 _ Berufslehre
- 11 _ Zahlen
- 12 _ Innovation
- 14 _ Reformbarometer
- 15 _ Wie bitte?
- 16 _ Wettbewerbspolitik
- 17 _ Milizsystem
- 18 _ Pensionskassen
- 19 _ Lektüre

Gesundheitswesen

Patient Schweiz

Plakatbeilage





Gerhard Schwarz

Direktor Avenir Suisse

«**D**ie soziale Verantwortung der Unternehmer besteht darin, Gewinne zu erzielen»: Dieser berühmte Satz von Milton Friedman bleibt im Grundsatz richtig, trotz aller Debatten über Shareholder- versus Stakeholder-Orientierung, trotz aller Empörung über Abzockerei und Gier auf den Teppichetagen. Doch wenn wie in der Schweiz ein gesellschaftliches Grundverständnis von Fairness und verantwortungsbewusster Führung herrscht, das mit dieser ökonomischen Sichtweise nicht kompatibel ist, wird es immer wieder zu Konflikten kommen. Mit der Übernahme neuer Führungs- und Entlohnungsmodelle aus dem angelsächsischen Raum ist das Unverständnis, ja der Graben zwischen weiten Teilen von Politik und Bevölkerung auf der einen und der international orientierten Wirtschaft auf der anderen Seite noch grösser geworden. Die Schweiz scheint diesbezüglich angesichts der hohen Dichte an international tätigen Unternehmen exponierter und anfälliger als andere Länder. Dessen ungeachtet bilden diese erfolgreichen multinationalen Unternehmen einen zentralen Pfeiler der schweizerischen Volkswirtschaft. Deshalb ist es gefährlich, wenn sich Politiker von links bis rechts damit zu profilieren versuchen, dass sie die «Multis» an den Pranger stellen. Es liegt nämlich im ureigensten Interesse der Schweiz, eine liberale, offene Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die den Standort Schweiz für kleinere lokale Firmen ebenso attraktiv macht wie für grosse multinationale Unternehmen. Dieser liberale Grundkonsens scheint jedoch zunehmend zu schwinden. Mag man die Minder-Initiative vielleicht noch als heilsamen Denkart gegen masslose Übertreibungen interpretieren, drohen weitere anstehende Initiativen wie die 1:12-, oder die Mindestlohninitiative nun wirklich, dem Standort Schweiz massiven Schaden zuzufügen. Avenir Suisse wird sich als unabhängiger Think-Tank weiterhin nicht unmittelbar in politischen Kampagnen engagieren, aber sehr wohl mit Fakten und Argumenten die verheerenden Folgen einer zunehmenden Bürokratisierung und Lähmung des Arbeitsmarktes zeigen.

Zerrbild und Wirklichkeit

Multinationale Unternehmen als Träger der Globalisierung haben viel zum Wohlstand der Schweiz beigetragen. Die Schweiz tut deshalb gut daran, nicht von ihrem erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurs gegenüber den Multis abzudriften.

Rudolf Walser und Alois Bischofberger

Multinationale Unternehmen sind die Hauptträger der Globalisierung – sie stellen den zentralen Mechanismus zum internationalen Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Know-how dar. Dabei bietet die Globalisierung gerade auch kleineren Unternehmen, die von Natur aus flexibler sind als bürokratische Grossorganisationen, vielerlei Chancen. Die Schweizer Multinationals mit ihren teils weltumspannenden Produktions- und Vertriebsnetzwerken spielen in diesem Konzert an vorderster Front mit. Ende 2010 war die Schweiz der siebtgrösste Direktinvestor weltweit.

Multis kennt die Schweiz schon seit dem späten 19. Jahrhundert. Unternehmen wie Nestlé (1866), Brown, Boveri & Cie (1891) oder die Vorgänger der Basler Pharmaindustrie wurden damals gegründet, und viele von ihnen begannen sehr früh, sich zu internationalisieren. Politik und Öffentlichkeit, aber auch die Wissenschaft, begannen sich jedoch erst viel später für diese Unternehmen zu interessieren. Heute verbinden sich mit multinationalen Unternehmen viele Emotionen, Vorurteile, Missverständnisse und falsche Erwartungen. Das überträgt sich auch auf die Globalisierung, die für viele noch immer ein Reizwort darstellt. Die Schweiz hat jedoch beträchtlichen Nutzen aus der Globalisierung ge-

zogen; nicht zuletzt ihr verdankt sie ihren anhaltend hohen Wohlstand. Davon profitierten auch weniger wohlhabende Schichten beträchtlich, wie Avenir Suisse in den Untersuchungen zum Mittelstand gezeigt hat.

Volkswirtschaftliche Schwergewichte

Im allgemeinen werden Unternehmen, in denen verschiedene Produktions-, Handels- und Dienstleistungsstufen – vertikal oder horizontal – über die Staatsgrenzen hinweg verbunden sind, als multinational bezeichnet. Viele in der Schweiz angesiedelte Unternehmen erfüllen diese Definition – nicht nur die grossen börsenkotierten Aktiengesellschaften, sondern auch kleinere, global tätige Nischenplayer. Je nachdem, welche Unternehmen als multinational berücksichtigt werden, resultieren unterschiedliche Schätzungen über ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. Die Schätzungen in verschiedenen Studien reichen von Anteilen an der Bruttowertschöpfung (BIP) von 16 % bis zu 36 %, bei der Beschäftigung von 11 % bis zu 29 %. Die Multinationalen Unternehmen dürften dabei mehr als 35 % der Unternehmenssteuern (direkte Steuern) generieren. Selbst die tiefsten Werte der verschiedenen Studien deuten auf ein erhebliches Gewicht dieser Unternehmen für die Schweiz hin (siehe Tabelle).

»

Beitrag multinationaler Unternehmen zu volkswirtschaftlichen Aggregaten

Anteil an der volkswirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in % des BIP	16–36 %
Anteil an der Bruttowertschöpfung Industrie	28 %
Anteil an der Bruttowertschöpfung Dienstleistungen	14 %
Beschäftigung	11–29 %
Warenexporte	30–60 %
Unternehmenssteuern (direkte Steuern)	35–42 %

Quellen: BFS (2008), Hauser et al. (2009), PWC/economiesuisse (2013), SwissHoldings (2010 & 2012), BCG/Swiss-American CoC (2012)

Stützen im Industriesektor

Besonders in den forschungsintensiven Branchen leisten Multis einen wichtigen Beitrag zum schweizerischen Innovationsgeschehen – die Schweiz würde ihre Spitzenstellung als Innovationsstandort rasch einbüßen, könnte sie sich nicht mehr auf ihre innovationsstarken Multis im Industriesektor verlassen. Deren Bedeutung zeigt sich an ihrem Anteil an den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (F+E) aller Schweizer Unternehmen. Rund 70 % der insgesamt 15,2 Mrd. Fr. werden von den multinationalen Unternehmen – hauptsächlich der Pharma- und Chemieindustrie – erbracht. Die Schweizer Multis nehmen aber auch im globalen F+E-System eine beachtliche Stellung ein, geben sie doch mit 15,8 Mrd. Fr. im Ausland sogar noch mehr aus als in der Schweiz. Unter den 20 Unternehmen mit dem weltweit grössten F+E-Aufwand befinden sich gleich zwei Schweizer Unternehmen: Den ersten Platz belegt Roche und den sechsten Novartis.

Besonders in den forschungsintensiven Branchen leisten die Multis einen wichtigen Beitrag zum schweizerischen Innovationsgeschehen.

Diese starke Stellung der Schweizer Multis wird auch durch die Patentaktivitäten untermauert. So figurieren auf der Liste der weltweit «50 Top Applicants», die das Europäische Patentamt jährlich veröffentlicht, regelmässig fünf bis acht Schweizer Multis.

Wichtiger Finanzsektor

Der schweizerische Finanzsektor hat in den letzten 50 Jahren stark an volkswirtschaftlicher Bedeutung und internationalem Gewicht gewonnen. Weil sie sich immer stärker in die internationalen Finanzmärkte integrierten, wurden vor allem die Grossbanken zu multinationalen Unternehmen. Der Finanzsektor leistet trotz der Finanzkrise weiterhin einen wichtigen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, zur Beschäftigung und zum Steueraufkommen und trägt auch mit seinen Aktivitäten im Ausland zum Wohlstand in

der Schweiz bei. Dies zeigt sich vor allem in der Ertragsbilanz: Der positive Saldo der Finanzdienstleistungen der Banken stieg von 6 Mrd. Fr. 1985 auf einen Höchststand von 21 Mrd. Fr. 2007. Ab 2007 sank der Saldo der Bankdienstleistungen zwar kontinuierlich, erreichte 2011 aber doch noch immer beachtliche 13,4 Mrd. Fr.

Polit-ökonomische Fragen aus heutiger Sicht

Die Schweiz tut deshalb gut daran, nicht von ihrem erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurs gegenüber den Multis abzudriften. So unterliegen Forderungen nach vermehrter unternehmerischer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft (Social Corporate Responsibility) dem verhängnisvollen Irrtum einer besonderen sozialen Verantwortung multinationaler Unternehmen. Es versteht sich von selbst, dass gerade von multinationalen Unternehmen die Einhaltung formaler (lokaler und globaler) gesellschaftlicher Regeln, Normen und Konventionen erwartet werden darf. Multinationale Unternehmen können und dürfen aber nicht als Ersatz für den Staat als oberste Rechtsinstanz und unmittelbare Hüter der Menschenrechte dienen. Das staatliche Rechtssystem würde damit aus den Angeln ge-

Die Schweiz ist keine reine KMU-Wirtschaft

Das Produktionskonto der Schweiz zeigt, von welchen Produzentengruppen das BIP hergestellt wird. Nimmt man an, dass die multinationalen Unternehmen etwa 30 % der Bruttowertschöpfung der Schweiz erbringen (vgl. Tabelle S. 3), stellt sich die Frage, wer die restlichen 70 % herstellt. Geht man vom Produktionskonto 2011 des Bundesamtes für Statistik (Bfs) aus, entfällt rund ein Drittel auf den staatlichen Sektor (Verwaltung, Erziehung und Gesundheit) und die staatsnahen Betriebe (Verkehr, Energie und Kommunikation). Es verbleibt dann ungefähr ein weiteres Drittel, das auf die KMU entfällt. Aus dieser etwas groben Optik stellt die Schweiz somit nicht eine reine KMU-Wirtschaft dar, wie gerne behauptet wird. Auch die Bezeichnung der KMU als «Rückgrat» der schweizerischen Volkswirtschaft muss wohl etwas differenzierter gesehen werden, vor allem, wenn noch berücksichtigt wird, dass die Produktivität im exportorientierten Sektor wesentlich höher ist als im binnenmarktorientierten. Die durchschnittliche Grösse der Schweizer Unternehmen ist denn auch nicht besonders niedrig; sie liegt mit acht Mitarbeitern im europäischen Mittelfeld.

hoben. Gleichzeitig bedürfen Multis aber auch keines speziellen Schutzes – grundsätzlich darf es in einer liberalen Ordnung auch für Grossunternehmen keine Befreiung vom zentralen marktwirtschaftlichen Disziplinierungsinstrument der Konkurrenzdrohung geben. Die «Too Big To Fail»-Problematik, also ein staatlicher Ret-

tungszwang für systemrelevante Unternehmen, sollte sich, wenn überhaupt, auf einen Teil des Bankensektors beschränken.

Mit den Multis haben in der Schweiz auch Führungs- und Entlohnungsmodelle sowie Verhaltensweisen Einzug gehalten, die in weiten Teilen von Politik und Bevölkerung auf Skepsis bis Unverständnis stossen.

Die Vorstellung, ein multinationales Unternehmen sei eine Schicksalsgemeinschaft wie ein schweizerisches KMU, mag weit verbreitet sein, ist aber eher weltfremd. In diesem Zusammenhang muss sich die Schweiz klar werden, inwieweit sie weiterhin Unternehmen beherbergen will, die in der Weltliga mitspielen. Dann wird sie auch bereit sein müssen, in einem gewissen Ausmass die entsprechenden Spielregeln, etwa hinsichtlich der Spitzensaläre, zu akzeptieren, auch wenn dies vielen fremd sein mag, denn Konzernstandorte sind leichter zu verlegen, als oft angenommen wird. Setzt aber einmal ein Erosionsprozess ein, lässt sich dieser kaum noch stoppen.

Die Publikation erscheint Mitte Juni unter:
www.avenir-suisse.ch/27349



Rudolf Walser und Alois Bischofberger: «Multis: Zerrbild und Wirklichkeit»,
erscheint im Juni 2013

Die schiefe zweite Säule

Die Umwandlungssätze sind zu hoch. Doch wie können sie gesenkt werden, ohne dass künftige Rentner dabei Einbussen erfahren?

Die aktuellen Mindestumwandlungssätze in der beruflichen Vorsorge setzen eine Kapitalmarktrendite und eine Lebenserwartung voraus, die nicht mehr der Realität entsprechen. Dadurch werden Milliarden umverteilt. Verlierer sind die jungen Erwerbstätigen, die zu wenig Zins auf ihre Sparguthaben erhalten. Das ist der wahre «Rentenklaue».

Die Notwendigkeit, den Umwandlungssatz zu senken, wird kaum mehr bestritten. Doch der Souverän hat einen solchen Schritt im März 2010 mit 73 % wuchtig abgelehnt. Deshalb wird einer Anpassung des Umwandlungssatzes von den meisten Politikern nur dann eine Chance vor dem Volk eingeräumt, wenn sie mit flankierenden Massnahmen abgefedert wird. Diese sollen sicherstellen, dass künftige Rentner keine Renteneinbussen erfahren und dass das Rentenziel von 60 % des letzten Bruttolohns eingehalten wird.

Eine gleich hohe Rente bei tieferem Umwandlungssatz bedingt jedoch höhere Sparguthaben zum Zeitpunkt der Pensionierung. Dafür braucht es höhere Lohnbeiträge oder eine längere Beitragsdauer, sprich ein Hinausschieben des derzeitigen Rentenalters.

Doch solche Massnahmen kommen für Mitarbeiter kurz vor der Pensionierung zu spät. Es braucht deshalb Übergangslösungen. Wie könnten diese aussehen? Welche Massnahmen haben sich in der Praxis bewährt? Was könnte das Schweizer Drei-Säulen-Konzept gefährden? Wie können langfristig neue Umverteilungen vermieden werden? Was bringen variable Renten? Antworten darauf finden Sie im neuen Avenir Standpunkte «Die schiefe zweite Säule – für dezentrale Anpassungen des Umwandlungssatzes». *JC*

Die Publikation erscheint am 06.06.2013 unter:
www.avenir-suisse.ch/27321

Keine Energiewende im Alleingang

Die Schweiz ist im Stromhandel eng vernetzt mit den Nachbarländern – und somit direkt betroffen von den Entwicklungen in Europa. Sie «importiert» die Marktverzerrungen, die die Subventionierung erneuerbarer Energien verursacht.

Urs Meister

Die wachsende Einspeisung erneuerbarer Energien in Europa stellt die Wirtschaftlichkeit von konventionellen Kraftwerken zunehmend in Frage. Genau diese konventionellen, steuerbaren Kraftwerke sind jedoch als Back-up dringend nötig, um die fluktuierende Produktion erneuerbarer Energien auszugleichen, da Wind- und Sonnenenergie weit weniger konstant fließen als Strom aus Atom- oder Gaskraftwerken. Immer mehr Länder erwägen daher die Einführung sogenannter Kapazitätsmärkte bzw. -mechanismen, also eine finanzielle Förderung für die blossere Bereitstellung von Kraftwerkskapazitäten (siehe Abbildung). Auch in der Schweiz werden solche Schritte diskutiert.

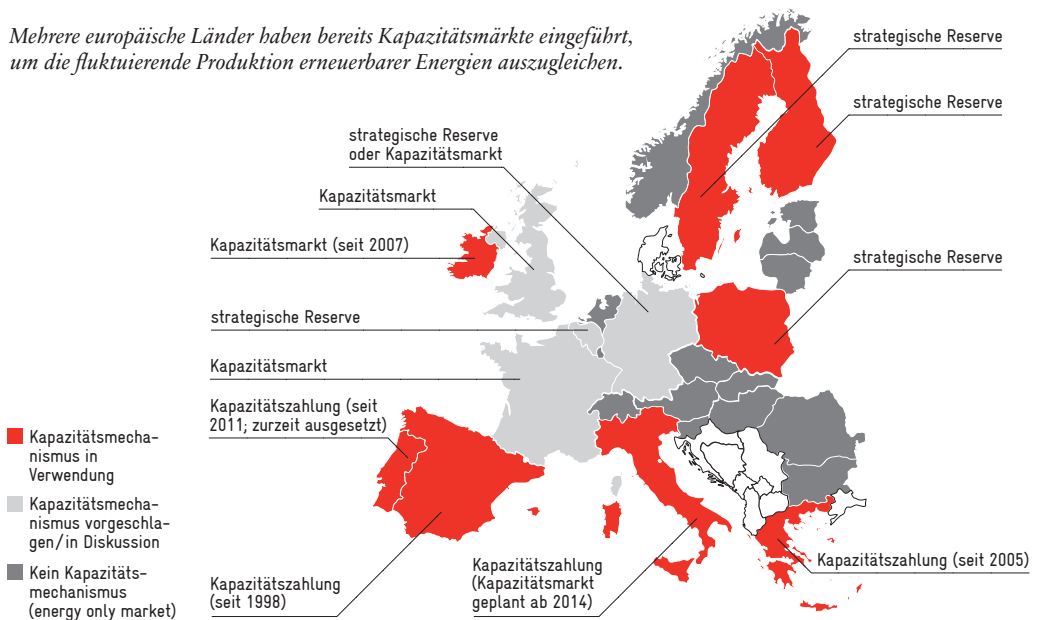
Wegen ihrer engen Vernetzung mit den Nachbarländern und der hohen Bedeutung des Stromhandels ist die Schweiz direkt von den Entwicklungen in Europa betroffen. Deshalb wäre es für die Schweiz schwierig, bei einer allgemeinen Einführung von Kapazitätsmechanismen in den Nachbarländern abseits zu stehen.

Enge Vernetzung bedingt Koordination

Zwar könnten inländische Verbraucher von durchschnittlich tieferen Marktpreisen profitieren, doch würden gleichzeitig die Erträge der Stromproduzenten unter Druck geraten. Längerfristig könnte die Versorgungssicherheit gefährdet werden, da der Bau neuer Kraftwerke im In-

Europa setzt auf Kapazitätsmärkte

Mehrere europäische Länder haben bereits Kapazitätsmärkte eingeführt, um die fluktuierende Produktion erneuerbarer Energien auszugleichen.



land weniger attraktiv würde. Umgekehrt wäre die unilaterale Einführung eines Fördermechanismus für konventionelle Kraftwerke in einem kleinen Land wie der Schweiz wegen der engen Vernetzung mit den Nachbarn wenig sinnvoll. Die inländischen Verbraucher würden die Kosten tragen, hätten aber keinen Gegenwert in Form tieferer Grosshandelspreise oder geringerer bzw. seltenerer Preisausschläge (sogenannte Knappheitspreise). Zudem wäre ein nur auf die Schweiz beschränkter Kapazitätsmarkt aufgrund der hohen administrativen Aufwendungen, der fehlenden Liquidität und des mangelnden Wettbewerbs beim Kraftwerksangebot ineffizient. Eine enge Koordination mit den Nachbarländern wäre daher fast zwingend.

Handlungsempfehlungen

Die Schweiz sollte somit hinsichtlich der Förderung der Bereitstellung von Kraftwerkskapazitäten keinen vorschnellen Alleingang wagen, sondern vorsichtig abwarten. Das kann sie sich auch leisten, da auf absehbare Zeit kein akuter Energiekapazitätsmangel im Inland besteht. Ferner sollte die Schweiz den wachsenden Marktverzerrungen durch fluktuierende erneuerbare Energien auf der Nachfrageseite begegnen. Das setzt voraus, dass die Verbraucher bedeutend stärker als heute auf kurzfristige Strompreisveränderungen reagieren, was vor allem durch den kombinierten Einsatz von Smart Metering (intelligente Stromzähler) und marktnahen Tarifen ermöglicht werden könnte. Derzeit werden solche Lösungen jedoch durch das Fehlen der Marktöffnung bei kleineren Verbrauchern behindert. Schliesslich zeigt die Analyse, dass ein anhaltender Ausbau der Subventionierung von erneuerbaren Energien im Rahmen der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) nicht nachhaltig ist. Die KEV verschärft nicht nur das Investitionsproblem bei den konventionellen Kraftwerken, sondern sie wird bei wachsender Einspeisung der erneuerbaren Energien auch immer ineffizienter. Will die Politik unbedingt an einer expliziten Förderung festhalten, dann müsste diese grundsätzlich neu konzipiert und dabei enger am Markt ausgerichtet werden.

Energiepolitik

Wie die Schweiz mit Ökostrom und Kapazitätsmärkten umgehen soll

Verschiedene Länder erwägen die Einführung sogenannter Kapazitätsmärkte, die den Betreibern konventioneller Anlagen Erträge für die



blosse Bereitstellung von Kraftwerken bescheren würden. Dies sei jedoch kein Grund zur Freude für Schweizer Kraftwerksbetreiber, schreibt Urs Meister im neuen

Diskussionspapier «Keine Energiewende im Alleingang», denn die Schweiz wäre auch von den preissenkenden Effekten betroffen. Gerade Wasserkraftwerke würden nur beschränkt von Kapazitätsmechanismen profitieren. Für Pumpspeicherkraftwerke könnte die Rechnung sogar negativ ausfallen, da sie die Preisausschläge während den Nachfragespitzen reduzieren. Kapazitätsmärkte seien in erster Linie ein Instrument zur Erhaltung von Betriebs- und Investitionsanreizen für Back-up-Kraftwerke, jedoch keine Abgeltung für unwirtschaftliche Investitionen in der Vergangenheit. Nötig wurden sie, weil die Subventionierung erneuerbarer Energien in Europa die Strommärkte verzerrt und die Wirtschaftlichkeit konventioneller Kraftwerke zunehmend in Frage stellt.

Das Diskussionspapier analysiert die Folgen einer parallelen Förderung erneuerbarer Energien und konventioneller Kraftwerke in Europa sowie die Notwendigkeit und Wirksamkeit solcher Kapazitätsmechanismen in der Schweiz.

www.avenir-suisse.ch/26137/keine-energiewende-im-alleingang/

«Reich ist die Schweiz nicht wegen des Geldes»

Die Schweiz wäre nicht reich zu nennen, wenn es ihr nur gelänge, viel Geld anzuziehen. Sie wäre aber auch kaum wirtschaftlich erfolgreich gewesen ohne ihre institutionellen und sozialen Besonderheiten. Sie machen die Schweiz im doppelten Sinne reich.

Gerhard Schwarz

Die Schweiz ist ein reiches Land. Mit gut 50 000 \$ ist das Bruttoinlandprodukt pro Kopf das dritthöchste der Welt. Das durchschnittliche Vermögen liegt mit 375 000 Dollar höher als in jedem anderen Land, 9,5 % der Bevölkerung besitzen mehr als eine Million Dollar Vermögen; höher ist dieser Anteil nur in Singapur, Kuwait und Katar. Krimiautoren, Boulevardjournalisten

und Politiker in aller Welt zeichnen mit Vorliebe ein ziemlich klischeehaftes Zerrbild einer reichen Schweiz, die ihren Wohlstand fast ausschliesslich den etwas unheimlichen Gnommen von Zürich verdanke. Dieses Bild ist falsch.

Gewiss nimmt man an, dass auf Schweizer Banken mit rund 2250

Mrd. \$ mehr als ein Viertel der verwalteten Privatvermögen weltweit liegt. Und die Schweiz weist auch pro Kopf am meisten global tätige Grossunternehmen auf, die ihrerseits über sehr grosse Auslandvermögen verfügen (die Kennzahl ist zweieinhalb Mal so hoch wie jene der nächstplatzierten Niederlande). Aber in beiden Fällen liegen die Eigentumsrechte ja nicht mehrheitlich bei Schweizerinnen und Schweizern. Das scheint vielen nicht bewusst. Ebenso nicht bewusst ist den meisten Beobachtern, dass die Schweiz Grossbritannien und die Niederlande, beides Kolonialmächte, die weit vor ihr reich wurden, in Sachen Wohlstand zu einer Zeit überholt hat, als Steuerflucht kaum eine Rolle spielte, nämlich zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und der Zeit um den Ersten Weltkrieg. Und dass ihr dies vor allem dank der «Realwirtschaft» gelang, der

chemischen und der pharmazeutischen Industrie, der Nahrungsmittel- und der Maschinenindustrie sowie der frühen Internationalisierung dieser Branchen.

Reich an immateriellem Kapital

Jenseits aller Zahlen und aller Zerrbilder zeigt ein Blick unter die Oberfläche ohnehin, dass der wahre Reichtum der Schweiz nicht allein, ja nicht einmal hauptsächlich im privaten Geldreichtum liegt. Was die Schweiz zum ungewöhnlich reichen Land macht, sind viel eher jene Faktoren, die die Weltbank-Studie «Where is the Wealth of Nations?» neben dem natürlichen Kapital (Landschaft, Rohstoffe) und dem produzierten Kapital (Anlagen, Gebäude, Infrastruktur) aufzählt und als immaterielles Kapital (Bildung, politische Führung, Behördenqualität, Rechtssystem) bezeichnet. Die Autoren der Studie errechneten 2006 für die Schweiz ein Pro-Kopf-Vermögen von rund 700 000 Franken. Damit führte die Schweiz die Rangliste mit grossem Abstand an, vor Dänemark, Schweden, den USA und Deutschland.

Auf das immaterielle Kapital entfallen dabei rund 80 %. Einen grossen Teil davon macht die Fähigkeit aus, die sprachliche, kulturelle und religiöse Vielfalt auf engstem Raum nicht nur als Herausforderung zu verstehen, sondern eher als Bereicherung zu nutzen. Dafür braucht es eine starke soziale Kohäsion, diese ist in der Schweiz dank verschiedener Faktoren tatsächlich ausgeprägter als andernorts. Zu diesen Faktoren gehört die allgemeine Wehrpflicht; das Milizsystem in weiten Teilen des politischen und gesellschaftlichen Lebens; ein Bildungswesen mit mindestens zwei Wegen nach oben, dem akademischen und dem der Berufslehre; die angesichts der Vielfalt geradezu überlebensnotwendige Bereitschaft

Einen grossen Teil des immateriellen Kapitals der Schweiz macht die Fähigkeit aus, die sprachliche, kulturelle und religiöse Vielfalt als Bereicherung zu nutzen.

zum Kompromiss und eine deutlich gleichmässige Verteilung der Einkommen (vor staatlicher Umverteilung) als beispielsweise in Schweden.

Zu nennen ist ferner das Zusammenspiel von Eigenschaften, von denen kaum jede einzelne als typisch schweizerisch bezeichnet werden darf, die aber im Paket doch so etwas wie «Swissness» ausmachen: Pünktlichkeit (nicht nur, aber auch der Züge), Genauigkeit, Verlässlichkeit, Sauberkeit, Ordnungsliebe, Diskretion, haushälterischer Umgang mit den Ressourcen, Qualitätsorientierung, Traditionsbewusstsein. Zu nennen ist auch eine bemerkenswert gut ausgebaute Infrastruktur, der meist das (architektonisch) Spektakuläre abgeht, die aber funktioniert und sich mit vernünftigem Aufwand unterhalten lässt, während im Ausland so manche Prestigeobjekte vor sich hin rosten.

Die vermeintliche Schwäche ist die wahre Stärke

Doch der grösste Reichtum der Schweiz bleibt wohl das genossenschaftliche Staatsverständnis: Der dezentrale Staatsaufbau mit Gemeindeautonomie und Föderalismus führt zu grosser Bürgernähe und hoher Identifikation mit dem Staat. Die direkte Demokratie ist Ausdruck eines Staates, der von unten nach oben aufgebaut ist und im Dienste der Bürgerinnen und Bürger steht.

Paradoxerweise dürfte gerade ein Aspekt des politischen Systems, der vielen als Schwäche gilt, zu den grössten Reichtümern der Schweiz zählen. Gemeint sind Eigenschaften wie Stabilität, Konstanz und Langsamkeit, die richtigerweise mit Föderalismus und direkter Demokratie in Verbindung gebracht werden. Die Trägheit des Systems führt zwar dazu, dass da und dort als dringend erachtete Reformen nicht in Angriff genommen werden, aber sie verhindert mindestens ebenso oft, dass Unnötiges oder gar Schädliches zustande kommt. Und nebenher gibt diese Trägheit dem Land eine behäbige Stabilität, etwas, was Menschen offenbar im Privaten wie im Politischen sehr schätzen und das sie so kaum irgendwo auf der Welt in Kombination mit Rechtssicherheit und Demokratie finden.

Der ungekürzte Artikel erschien im Porträt 2013

«Über Reichtum» der Bank Vontobel

Ideen für die Schweiz

*44 Ideen und Denkanstösse
für eine erfolgreiche Schweiz von
morgen und übermorgen.*

Die Schweiz steht gegenwärtig im internationalen Vergleich geradezu glänzend da. Sie verdankt dies einer



im Quervergleich mit anderen Ländern etwas klügeren Politik und einer starken Wirtschaft. Dennoch wäre Selbstzufriedenheit fehl am Platz. Es steht bei weitem nicht alles

zum Besten. Zudem hätte es auch anders kommen können – und es kann wieder ganz anders kommen, wenn die Schweiz ihr Erbe nicht bewahrt und entwickelt, sich nicht für die Zukunft rüstet. Die Schweiz darf sich nirgends auf ihren Lorbeeren ausruhen, will sie ihre herausragende Stellung nicht verlieren.

Zurzeit trägt jedoch die Schweiz ihrem immateriellen Reichtum zu wenig Sorge. Sie ist in Gefahr, sich zu vergewöhnlichen, die soziale Kohäsion, das politische System, die Konstanz, die Stabilität und die Verlässlichkeit zu vernachlässigen und unter dem Motto der Anpassung an ein sich änderndes Umfeld modischen Strömungen zu opfern. Damit würde sie zugleich auch ihren materiellen Reichtum, den Wohlstand, gefährden, denn beide gehören zusammen.

Das ist der Hintergrund, vor dem Avenir Suisse das Buch «Ideen für die Schweiz» geschrieben hat. Es ist eine Sammlung von liberalen, marktwirtschaftlichen Ideen zur Stärkung der Schweiz. **GS**

www.avenir-suisse.ch/23678/

ideen-fur-die-schweiz/

Berufslehre auf Hochschulstufe

Avenir Suisse regt an, anspruchsvolle Berufslehren auf Bachelorstufe in Form eines dualen Studiums anzubieten, da viele Firmen zunehmend Mühe bekunden, geeigneten Nachwuchs mit dem nötigen Vorwissen aus der Sekundarschule zu finden.

Patrik Schellenbauer

Bildungspolitiker rund um den Globus interessieren sich neuerdings für eine Schweizer Spezialität: die Berufslehre. Und dies aus gutem Grund, denn die Kombination aus betrieblicher Praxis unter Aufsicht des Lehrmeisters und schulischem Lernen hat sich über Jahrzehnte als sehr erfolgreich erwiesen. Entscheidend ist ebenso der direkte Einbezug der Wirtschaft. Im Wesentlichen werden diejenigen Berufsausbildungen angeboten und durchlaufen, für die es später auch Stellen gibt. Dies hat die Schweiz (bisher) vor einer «Überakademisierung» bewahrt, unter der viele Staaten heute leiden.

Doch auch in der Schweizer Berufsbildung zeigen sich Spannungen. Viele Firmen klagen, dass geeigneter Nachwuchs für die Berufslehre zuneh-

mend schwierig zu gewinnen sei. Über die Ursachen wird in Bildungskreisen debattiert und gestritten.

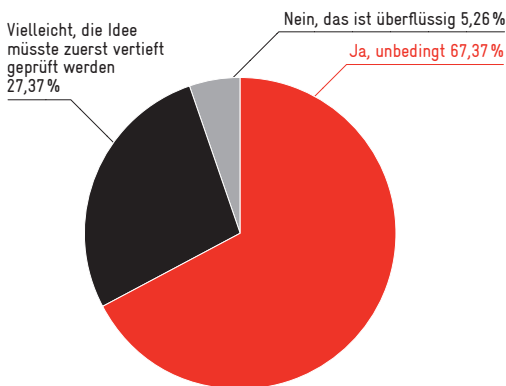
Prozesse anwenden UND verstehen

Ein Grund besteht darin, dass die Anforderungen und Erwartungen an die angehenden Lernenden in den letzten Jahren gestiegen sind, besonders in den anspruchsvollen Industriebereichen wie dem Polymechaniker oder dem Automatiker, aber ebenso im Bank- oder Versicherungs-KV. Das vorhandene Vorwissen aus der Sekundarschule ist dadurch oft zu knapp, mit der Folge, dass die Lehrmeister vermehrt auf die Noten der Schulabgänger achten und Einstufungstests vorschreiben. Über kurz oder lang werden die Lehrfirmen, die zu wenig geeignete Kandidaten finden, ihr Lehrstellenangebot einschränken oder sich im Extremfall ganz aus der Berufsbildung verabschieden. Dies gilt es zu verhindern. Darum stellt sich die Frage, ob einzelne anspruchsvolle Berufe nicht neu definiert und inskünftig auch auf höherem Niveau und etwas später erlernt werden könnten. Allerdings wird die grosse Mehrzahl der Lehrberufe – namentlich die gewerblichen – ihren angestammten Platz im Bildungssystem behalten.

Vor diesem Hintergrund regt Avenir Suisse einen Pilotversuch für ein duales Studium an. Diese Idee überträgt das Prinzip der klassischen Berufslehre auf die Bachelorstufe. Entsprechend tritt eine Fachhochschule an die Stelle der Berufsfachschule. Ein entscheidender Unterschied zu den heutigen Werkstudenten und berufsbegleitenden Studien besteht im Auswahlverfahren in ein solches Programm: «Selektionär» ist der ausbildende Betrieb. Zugangsvoraussetzung ist – neben einer gymnasialen oder beruflichen Maturität (BMS) – also ein Lehrvertrag mit einer

Duale Studiengänge finden Anklang

Avenir Suisse führte eine Online-Umfrage zum dualen Studium durch. Die Teilnehmer wurden gefragt, ob sie die Einführung dieser neuen Bildungsmöglichkeit auf Hochschulstufe begrüssen würden. Zwei Drittel der Antwortenden stehen der Idee positiv gegenüber.



Mit 99 Antworten blieb die Beteiligung eher gering, die Auswertung ergibt dennoch ein erstes Stimmungsbild.

Firma. Die Arbeit im Betrieb ist nicht einfach ein «Brotjob» zur Finanzierung des Studiums, sondern die praktische und theoretische Ausbildung ist inhaltlich und zeitlich abgestimmt. Für die Unternehmen bietet sich die Möglichkeit, künftige Kader früher zu rekrutieren und zu binden. Damit liesse sich das Interesse an der praxisorientierten Ausbildung stärken, vor allem in Branchen und Unternehmen, die heute kaum in der Berufsbildung engagiert sind.

Das typische Eintrittsalter in ein duales Studium liegt zwischen 19 und 23 Jahren. Je nach Ausgestaltung würde ein solches Programm zwischen drei und fünf Jahren dauern, das Verhältnis von betrieblicher und schulischer Ausbildungszeit beträgt etwa eins zu eins. Ein duales Studium stellt wohl höhere Anforderungen an Zeitmanagement, Flexibilität und Sozialkompe-

tenz der Absolventen als ein akademisches Studium. Dies sind aber genau die Eigenschaften, die auf dem Arbeitsmarkt sehr begehrt sind. Den Fachhochschulen bietet das duale Studium eine Chance, ihr Profil als praxisnahe Bildungsorte zu schärfen, anstatt einfach den Universitäten nachzueifern.

Gleichzeitig würden die Universitäten entlastet, wenn Gymnasiasten, die mehr an einer berufsbezogenen Ausbildung interessiert sind, diese Alternative zur Verfügung hätten. Zu denken ist aber auch an den nicht unbedeutenden Teil von Studierenden, die an den universitären Selektionshürden hängen bleiben: ihnen (besonders denjenigen der ETH) könnte ein anwendungsorientiertes duales Studium neue, und vielleicht sogar bessere Perspektiven eröffnen. Als Pilotbranchen eignen sich die Maschinenindustrie, der Finanzsektor, die Pharma- und Medizinaltechnologie-Branche, aber auch der Gesundheits- und Pflegesektor.

Publikation: in der Beilage «Aus- und Weiterbildung» des Tages-Anzeigers am 18.03.2013

Den Fachhochschulen bietet das duale Studium eine Chance, ihr Profil als praxisnahe Bildungsorte zu schärfen.

37,3 Kilometer

Heute fährt jeder Schweizer eineinhalbmal so weit mit dem Auto wie 1970. Die mit der Bahn zurückgelegten Kilometer sind allein im Zeitraum 2005 bis 2010 um über ein Viertel gestiegen. Die mittlere Tagesdistanz pro Person mit Auto und Bahn in der Schweiz beträgt 37,3 km, 45% der zurückgelegten Tageskilometer entfallen dabei auf die Freizeit. Die Reaktion auf den rasant steigenden Verkehr auf Schweizer Strassen und Schienen war stets der Kapazitätsausbau. Besonders im Bahnverkehr ist die steigende Mobilitätsnachfrage jedoch vor allem auch eine Folge des stark subventionierten Angebots. Die Nutzer der Bahn bezahlen mit 40% nur einen geringen Anteil der Kosten selber. Die zu billige Mobilität im öffentlichen und privaten Verkehr führt unter anderem zur Zersiedlung der Landschaft, verschlingt immer mehr Steuergelder und stösst dennoch an Kapazitätsgrenzen. **DMJ**

59 TWh

2011 importierte die Schweiz 83 TWh und exportierte 81 TWh Strom, während der Verbrauch im Inland lediglich 59 TWh betrug. Die Schweiz war vor allem während den Wintermonaten Nettoimporteur von Strom, wenn die Wasserkraftwerke wenig ergiebig sind. In den übrigen Monaten machte sie dafür ein gutes Geschäft. Während der Strom längst kreuz und quer durch Europa fliesst, liegt der Fokus in der Energiepolitik noch immer stark auf dem Inland. Ende 2014 wird die EU-Energiepolitik harmonisiert – das stellt die Schweiz vor neue Herausforderungen. Die Verhandlungen über ein Energieabkommen sind am Laufen. Denn Versorgungssicherheit gibt es für die Schweiz nur im Verbund mit Europa – auch weil der wachsende Anteil erneuerbarer Energie im europäischen Strommix die Planungsunsicherheit erhöht hat, da Wind- und Sonnenenergie viel weniger gut steuerbar ist als konventioneller Strom aus Atom- oder Gaskraftwerken. **SH**

Auf Augenhöhe mit dem Silicon Valley

Die Schweiz ist ähnlich innovativ wie das kalifornische Silicon Valley, wenn auch Risikokapital wesentlich spärlicher fliesst. Deshalb gehen viele Innovationen von bestehenden Firmen aus, während Start-ups wenig neue Arbeitsplätze schaffen.

Xavier Comtesse

Von der dunklen Garagenwerkstätte zum Weltmarktführer: Apple steht wie keine andere Firma für den Innovations- und Unternehmmergeist im kalifornischen Silicon Valley. Die Region um San Francisco wird von der ganzen Welt bewundert für ihren wirtschaftlichen Erfolg: Doch was genau macht den Erfolg des Silicon Valley aus?

Im Silicon Valley treffen junge Forscher mit Pioniergeist auf Risikokapital und unternehmerische Erfahrung. Weil Erfolg im Silicon Valley reich macht, wirkt die Region wie ein Magnet für Talentierte und Ehrgeizige aus allen Ländern. Es ist gerade dieses Zusammentreffen von Erfindergeist, Risikokapital und dem kommerziellen Know-how, das das Silicon Valley so einzigartig und erfolgreich macht.

Oft kopiert – kaum erreicht

Es gibt kaum ein anderes Land, das nicht versucht hätte, das Innovationsmodell des Silicon Valley zu kopieren und seine eigene Innovationspolitik nach den folgenden fünf kalifornischen Erfolgsfaktoren auszurichten:

- 01_ hervorragende Universitäten, sowie eine marktnahe, angewandte Forschung
- 02_ Technologietransfer von den Universitäten zum Markt
- 03_ Technologieparks oder andere Inkubatoren in geographischer Nähe zu den Forschungslabors der Universitäten
- 04_ ein Umfeld, das Unternehmertum und Wettbewerb lebt, lernt und fördert
- 05_ der Aufbau einer eigentlichen Risikokapital-Industrie.

Aus heutiger Sicht hat die staatliche Innovationspolitik vieler Länder nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Dagegen belegt die Schweiz in den internationalen Innovationsvergleichen regel-

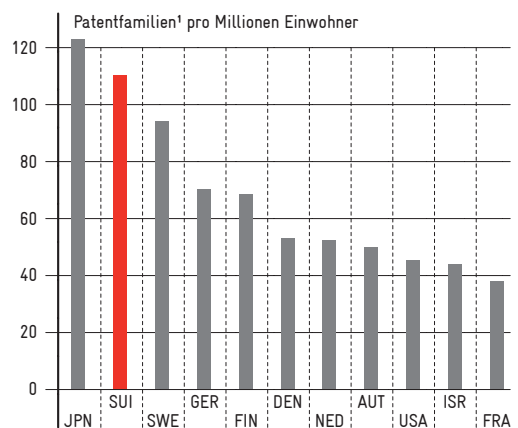
mässig einen Spitzenplatz. Aber ist es wirklich bloss die naturgetreue Kopie des kalifornischen Erfolgsmodells, das die Schweiz zu einem der innovativsten Länder der Welt werden liess?

Fehlendes Risikokapital

Vergleicht man die fünf Merkmale des kalifornischen Innovationsmodells mit dem der Schweiz, so zeigen sich viele Parallelen, aber auch wichtige Unterschiede: Die Schweiz hat im internationalen Vergleich ausgezeichnete Universitäten und Hochschulen. Auch der Technologietransfer von den Hochschulen in die Wirtschaft funktioniert. Der Austausch zwischen den Branchen, vor allem zwischen der Medizinaltechnik und der Präzisionsinstrumentenindustrie, hat viel zum Erfolg

Teure Patente

Dank den multinationalen Unternehmen belegt die Schweiz auch bei internationalen Patentvergleichen regelmässig einen vorderen Rang.



¹ Eine Patentfamilie setzt sich aus sämtlichen in verschiedenen Ländern angemeldeten Patenten zum Schutz ein und derselben Erfindung zusammen.

der Schweizer Wirtschaft beigetragen. Die jungen Forscher und angehenden Unternehmer können auch auf fachliche Unterstützung zählen – aber nicht unbedingt auf Geld, denn ein Element des kalifornischen Erfolgsmodells fehlt in der Schweiz: das Risikokapital.

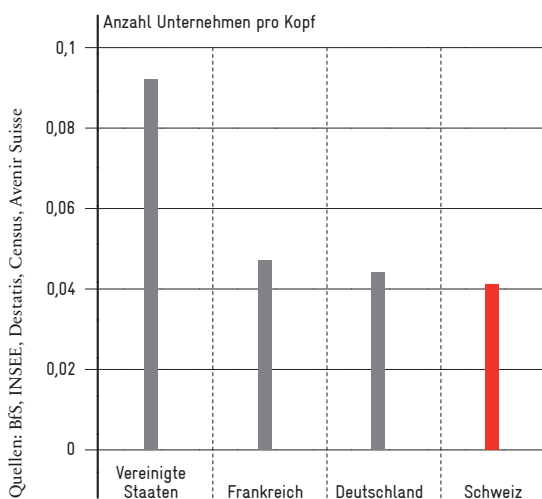
Eine Folge davon ist, dass zwar genügend Start-up-Unternehmen gegründet werden, diese im internationalen Vergleich auch verhältnismässig lange leben, aber Mühe haben, zu wachsen. Der Anteil neugegründeter Unternehmen, die im Verlauf ihrer Karriere den Schritt an die Börse wagen werden (sog. IPO), ist im internationalen Vergleich gering. Ausserdem schaffen Schweizer Jungunternehmen vergleichsweise wenig neue Stellen.

Kein Innovations-Masterplan

Es gibt in der Schweiz keinen staatlichen Innovations-Masterplan. Anders als in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien oder den USA lanciert der Staat keine grossangelegten Programme in der Raumfahrt, im Verkehrswesen, in der Nukleartechnologie oder in erneuerbaren Energien.

Wenig Unternehmergeist

Den unsicheren Schritt in die Selbstständigkeit wagen nur wenige, deshalb fällt die Schweiz bei der Anzahl Unternehmen pro Kopf weit hinter die USA zurück.



Innovationen gehen von den Akteuren selbst aus (Bottom-up-Ansatz), der Staat beschränkt sich weitgehend darauf, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Öffentliche Gelder fliessen in die Hochschulen und Universitäten, nicht aber in die Privatwirtschaft. Das dürfte mit ein Grund sein, dass aus der Schweiz mehr inkrementelle Neuerungen als der grosse, kapitalintensive Technologiewurf zu erwarten sind. Die Ausnahmen bilden hier die Medizinaltechnik und die Pharmaindustrie, gerade die Entwicklung eines neuen Medikamentes ist sehr kapitalintensiv. In diesen Branchen sind auch die wenigen Risikokapitalgeber in der Schweiz präsent.

Grosse Firmen im Vorteil

Obwohl die Schweiz nur 0,1% der Weltbevölkerung ausmacht, tauchen zwölf Schweizer Unternehmen auf der Liste der weltweit 500 grössten Firmen auf. Dies hat einen grossen Einfluss darauf, wie und wo Innovationen entstehen. So ist die Schweiz auch bei der Anzahl Patente Weltspitze. Der Grund dafür: weil sie teuer sind, verfügen oft nur grosse, börsenkotierte Unternehmen über die finanziellen Mittel, zahlreiche Patente zu registrieren. Dasselbe gilt für den Aufbau eigener Forschungsabteilungen und -programme. Damit übernehmen die Unternehmen Aufgaben, die in anderen Ländern vom Staat wahrgenommen werden.

Der Spitzenplatz auf der Innovationsrangliste täuscht jedoch darüber hinweg, dass die Schweiz punkto Unternehmergeist nicht mit dem kalifornischen Vorbild mithalten vermag: Im Vergleich zur Gesamtzahl Unternehmen pro Kopf fällt sie weit hinter die USA zurück. Das duale Bildungssystem, hohe Löhne und hohe Preise, die florierende Wirtschaft und dadurch tiefe Arbeitslosigkeit dürften allesamt dazu beitragen, dass die bereits etablierten Unternehmen das vorhandene Humankapital weitgehend für sich beanspruchen – und dass viele Berufseinsteiger die sichere Anstellung bei einem bekannten Arbeitgeber dem unsicheren Schritt in die Selbstständigkeit vorziehen.

Online-Publikation: 22.03.2013

Erstveröffentlichung: 18.03.2013 in «Le Temps»

Reformeifer lässt nach

2012 hat der wirtschaftspolitische Reformeifer in der Schweiz nachgelassen: Das zeigt die neueste Ausgabe des «D-A-CH-Reformbarometers», das die wirtschaftspolitischen Reformbemühungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz vergleicht.

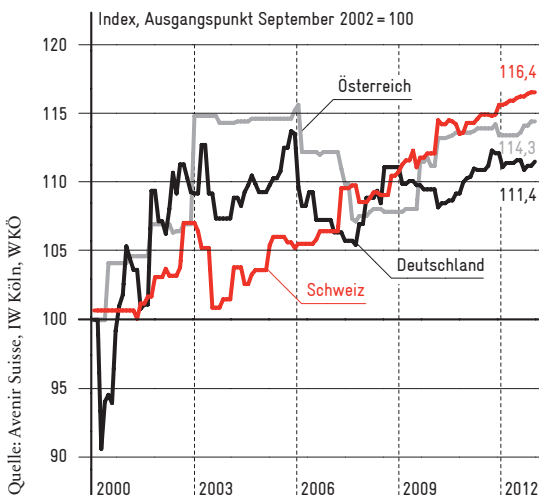
Marco Salvi und Martin Wermelinger

Mit dem D-A-CH-Reformbarometer messen Avenir Suisse, das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln und die Wirtschaftskammer Österreich die Reformbemühungen in den drei Nachbarländern seit 2002. Die neueste Ausgabe bildet somit bereits eine ganze Dekade ab. Doch die Reformpolitik der drei Länder ist insgesamt kein Grund zum Feiern, denn die neuste Ausgabe zeigt: der Reformeifer lässt nach.

Wohl hat Deutschland mit der Agenda 2010 bedeutende Reformleistungen erbracht, hat die Schweiz aus der Stagnation der neunziger Jahre viele richtige Konsequenzen gezogen und hat Österreich die Finanz- und Währungskrise überraschend solid überstanden. Politiker (und ihre Wähler) haben allerdings ein kurzes Gedächtnis.

Fehlendes Reformbewusstsein

Die komfortable Position der Schweiz bildet derzeit keine gute Voraussetzung für wirtschaftspolitische Reformen.



Derzeit droht der Reformelan eher zu erlahmen, ja sogar in einen Reformstau zu kippen, wie die jüngste Entwicklung des D-A-CH-Reformbarometers zeigt.

Fehlender Leidensdruck

Die im europäischen Quervergleich komfortable Position der Schweizer Volkswirtschaft bildet keine gute Voraussetzung für Reformen – es fehlen Leidensdruck und Reformbewusstsein. Dies äussert sich in einer zwar positiven, aber glanzlosen Entwicklung des Reformbarometers.

Grundlage der Analyse der Reformintensität bilden jene Politikvorschläge auf Bundesebene, von denen man annehmen darf, dass sie auch gesetzswirksam werden. Ausgangspunkt ist der September 2002 mit 100 Punkten, die seitherige Entwicklung der Indizes bringt die Reformdynamik zum Ausdruck. Anfang 2013 wies das D-A-CH-Reformbarometer für die Schweiz 116,4 Punkte aus, für Österreich 114,3 und für Deutschland 111,4.

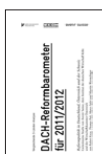
Die Resultate im Überblick

- Der Teilindex Sozialpolitik legte in der Schweiz 2012 um 3,5 Punkte auf 99,9 Punkte zu. Verantwortlich dafür sind hauptsächlich die Fortschritte bei der Invalidenversicherung – allerdings drohen diese vom Parlament zum Teil rückgängig gemacht zu werden. Weitere relevante Massnahmen, die allerdings negativ zu Buche schlugen, betrafen die obligatorische Krankenversicherung. Hier wurden Reformen zurückgefahren oder scheiterten in Volksabstimmungen (zum Beispiel Managed-Care).
- Der Teilindikator Arbeitsmarktpolitik – der neu auch die Bildungspolitik umfasst – stieg dank einer ambitionierten Bildungs- und Forschungsoffensive des Bundes um 2,4 Punkte auf 115,7 Punkte. Obwohl die Folgen der Per-

sonenfreizügigkeit mit der EU und der damit verbundenen flankierenden Massnahmen im Parlament höchst kontrovers diskutiert werden, kam es im letzten Jahr nur zu einer geringfügigen Verschlechterung der Rahmenbedingungen in diesem Bereich.

- Der Teilindikator Steuer- und Finanzpolitik, der 2011 erstmals seit Einführung des Reformbarometers eine Verschlechterung erfuhr, erholte sich 2012 wieder um 1,6 Punkte auf einen Stand von 131,5 Punkten. Die wichtigsten steuerpolitischen Herausforderungen stehen aber erst bevor und sind noch nicht in die Bewertung eingeflossen: die ökologische Steuerreform, die Revision der Unternehmensbesteuerung und verschiedene Steuerabkommen mit dem Ausland.
- Aktiv waren Bundesrat und Parlament auf dem – neu berücksichtigten – Gebiet der Wettbewerbs-, Infrastruktur- und Innovationspolitik. Dementsprechend stieg der Teilindikator seit Januar 2012 um 2,3 Punkte. Unspektakuläre bis enttäuschende Reformen in der Wettbewerbs-, der Strom- und der Verkehrspolitik prägten seinen Verlauf. Auch auf diesem Gebiet stehen noch grosse Veränderungen an: So konnte beispielsweise der Atomausstieg nicht eingerechnet werden.
- Ebenfalls neu im Barometer berücksichtigt wurden finanzmarktpolitische Reformen. Getragen durch die Revision des Bankengesetzes vom April 2011 legte dieser Teilindikator am meisten zu (plus 3,9 Punkte). Im Jahr 2012 wirkten sich die Reformen im Fondsgesetz, die Abgeltungssteuer mit England und Österreich sowie die Anpassungen des Geldwäschereigesetzes positiv aus.

www.avenir-suisse.ch/25487/



D-A-CH-Reformbarometer 2011/2012

von Robert Koza, Thomas Puls,
Marco Salvi und Martin
Wermeling, März 2013

Finanzausgleichsschmarotzer

Finanzschwache Kantone, die mit den Transfergeldern ihrer reichen Nachbarn unlauteres Steuerdumping betreiben? Man hört diesen Vorwurf immer wieder. Doch er könnte falscher nicht sein, denn er verkennet, erstens, das Wesen eines modernen Finanzausgleichs und er lässt sich, zweitens, faktisch nicht untermauern.

- Selbst wenn Finanzausgleichsbeträge tatsächlich zur Senkung der Steuerbelastung verwendet würden, muss entgegnet werden: Na und?! Sinn der NFA, seit 2008 in Kraft und Vorbild für Finanzausgleichsreformen in anderen föderal organisierten Ländern, ist ja eben genau die zweckfreie Ausrichtung von Transfers an Kantone mit unterdurchschnittlicher Steuerkraft. Ob diese Beträge für Steuersenkungen oder den Ausbau staatlicher Angebote verwendet werden, ist Sache der betroffenen Kantone.
- Die NFA setzt keinerlei Anreize, suboptimal tiefe Steuern zu erheben. Weil sie die Ressourcenstärke eines Kantons nicht anhand der effektiven Steuereinnahmen misst und ausgleicht, sondern anhand seines Steuerpotenzials, lässt sich eine Tiefsteuerepolitik nicht durch erhöhte Finanzausgleichsbeiträge kompensieren – im Gegenteil: Erfolgreiche Steuersenkungen finanzschwacher Kantone werden bestraft. Trefflich aufzeigen lässt sich das an Obwalden. Im kleinen Bergkanton hat die Senkung der Steuerbelastung zu einem Zuzug von Firmen und vermögenden Privatpersonen geführt. Die effektiven Steuereinnahmen konnten bisher nicht erhöht werden, wegen des erhöhten Ressourcenpotenzials bezieht OW heute aber markant geringere NFA-Beiträge als noch vor vier Jahren. Davon profitieren alle anderen Finanzausgleichsempfänger. Spätestens der – absehbare – Wechsel Obwaldens vom Empfänger- zum Geberkanton wird die Schmarotzervorwürfe ad absurdum führen, denn dann führt dessen Steuerstrategie auch zu einer (marginalen) Entlastung der bisherigen Geberkantone, die diese Vorwürfe am bisher lautesten äusserten. **LR**

Das falsche Mittel gegen hohe Preise

Ausländische Firmen verrechnen oftmals einen «Sonderzuschlag Schweiz». Regionale Preisdifferenzierungen zu verbieten wäre das falsche Mittel gegen die Hochpreisinsel und könnte dazu führen, dass sich Firmen aus der Schweiz zurückziehen.

Samuel Rutz

Die Schweiz ist eine Hochpreisinsel. Diese Tatsache ist bekannt. Letztmals flammte die Diskussion darüber im Sommer 2011 auf, als infolge der starken Aufwertung des Schweizer Frankens die Preisdifferenzen zum umliegenden Ausland sprunghaft zunahmen. Die Schuldigen waren schnell gefunden: Ausländische Grossunternehmen heimsen Währungsgewinne ein, und zwar zusätzlich zum sowieso bestehenden «Sonderzuschlag Schweiz». Die reflexartigen For-

derungen nach staatlichen Eingriffen liessen nicht lange auf sich warten. Anfang Jahr debattierte die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates über den Vorschlag, das Kartellgesetz mit einem Artikel zu unzulässigen Preisdifferenzierungen zu ergänzen. Ausländische Unternehmen sollen gebüsst werden können, wenn sie sich weigern, Schweizer zu den im Ausland geltenden Konditionen zu beliefern. Erfreulicherweise hat die Kommission diesen Vorschlag abgelehnt.

Wirtschaftspolitik statt Wettbewerbsrecht

Regionale Preisdifferenzierung hat nämlich durchaus ihre Logik und funktioniert vor allem dann, wenn sich Nachfragegruppen aufgrund ihrer unterschiedlichen Zahlungsbereitschaft räumlich segmentieren lassen. Dass sich die einkommensstarken Schweizer, die noch dazu über keine gemeinsame Währung mit ihren Nachbarländern verfügen, für eine solche Segmentierung besonders anbieten, liegt auf der Hand. Preisdif-

ferenzierungen sind aber nur dann ein wettbewerbsrechtliches Problem, wenn ein Markt aktiv abgeschottet wird. In diesem Fall können die Wettbewerbshüter bereits heute eingreifen. In allen anderen Fällen ist die Wirtschaftspolitik gefordert: Eine konsequente Marktöffnung wäre ein sehr viel patenteres Rezept gegen den «Sonderzuschlag Schweiz» als ein neuer – im besten Fall wirkungsloser, im schlechtesten Fall schädlicher – Artikel im Kartellgesetz.

Doppeltes Schadenspotenzial

Wirkungslos dürfte ein Verbot der Preisdifferenzierung aus zwei Gründen bleiben: Zum einen können die Wettbewerbsbehörden das Kartellgesetz im Ausland faktisch nicht anwenden, zum anderen ist es naiv davon auszugehen, dass es im Ausland so etwas wie einheitlich geltende Konditionen gibt. Preise zwischen Lieferanten und Abnehmern hängen von vielen Faktoren ab, etwa von der abgenommenen Menge, langfristigen Lieferverträgen oder Exklusivvereinbarungen. Einen Nachweis über «unangemessene» Lieferkonditionen zu erbringen, der vor Gericht standhält, ist ein schier aussichtsloses Unterfangen umso mehr, als Unternehmen mit Sitz im Ausland zu keinerlei Kooperation mit den schweizerischen Wettbewerbsbehörden verpflichtet sind. Genau hier liegt auch das Schadenspotenzial dieses Gesetzesartikels. Für Unternehmen, die befürchten müssten, ins Visier der Wettbewerbsbehörden zu geraten, würde ein Anreiz geschaffen, sich vom Standort Schweiz zurückzuziehen. Damit hätte die Schweiz doppelt verloren: Die störenden Preisdifferenzierungen könnten weiterhin vom schützenden Ausland aus aufrechterhalten werden, und im Inland gingen Arbeitsplätze und Steuersubstrat verloren.

Online-Publikation: 22.04.2013

Eine konsequente Marktöffnung wäre ein sehr viel patenteres Rezept gegen den «Sonderzuschlag Schweiz» als ein neuer Artikel im Kartellgesetz.

Welche Zukunft für das Schweizer Milizsystem?

Das Schweizer Milizsystem gehört genauso wie die direkte Demokratie zur Identität der Schweiz. Doch die Bereitschaft für Freiwilligenarbeit nimmt ab. Soll das Milizsystem nicht zu einem Mythos verkommen, führt kein Weg an Reformen vorbei.

Andreas Müller

Jüngere Studien und Analysen zum Milizsystem und zur Freiwilligenarbeit zeichnen ein eher düsteres Bild. Den Parteien geht die Basis verloren, sie haben immer mehr Mühe, geeignete Kandidaten zu finden. Die Individualisierung, aber auch die globalisierte Arbeitswelt führen dazu, dass die Bereitschaft für die Milizarbeit abnimmt. Kleinere Gemeinden fühlen sich durch die Verrechtlichung und zunehmende Mediatisierung auch lokaler Ämter überfordert.

Milizsystem setzt engagierte Freiwillige voraus

Mit dem zunehmenden Ineinandergreifen von Arbeits- und Privatwelt will der Bürger nicht noch eine dritte Sphäre, die der Miliz- und Freiwilligenarbeit, in sein Leben integrieren. Der Aufwand für längerfristiges Engagement in Vereinen ist zu gross, die zu erwartende Wertschätzung am Sinken – so könnte die Zusammenfassung lauten.

Ideengeschichtlich beruht das Milizsystem auf republikanischen Tugenden. Das politisch-administrative Handeln wird zu einem guten Teil nicht bürokratischen Verwaltungen, sondern nebenamtlich tätigen, gewählten Bürgern übertragen. Das Milizsystem setzt freiwilliges Engagement voraus. Das republikanische Verständnis steht in einem gewissen Widerspruch zu den heutigen individuellen Werten der Bürger. Das Engagement im Milizsystem steht in Konkurrenz zur Freizeitgesellschaft mit ihrem vielfältigen Angebot.

Aber der schweizerische Milizstaat braucht funktionierende Behörden. Im Milizsystem wird die freiwillige Teilnahme von genügend Bürgern vorausgesetzt. Das republikanische Modell, wie es noch Gottfried Keller vorschwebte, das vom Bürger wie selbstverständlich freudige Beteiligungsabsicht erwartete, hat sich in der heutigen

realen Schweiz in ein Modell verwandelt, in dem Milizarbeit gewählt werden kann – oder auch nicht.

Ohne Reformen geht es nicht mehr

Ist das Milizsystem überhaupt noch zukunfts-tauglich, oder verkommt es zunehmend zum Mythos? Würde dies eintreffen, bekäme die Schweiz ein eigentliches Identitätsproblem, gilt doch das Milizsystem neben der direkten Demokratie und dem Föderalismus als zentraler Bestandteil des schweizerischen Selbstverständnisses.

Was wären die Folgen einer weiteren Schwächung des Milizsystems? Was bliebe von der republikanischen Idee einer Schweiz, die vom Engagement ihrer eigenen Bürger lebt? Bestünde dieses zusätzliche Engagement nur mehr darin, dass man vierteljährlich brieflich abstimmte, falls man gerade Zeit und Lust dazu hätte? Würden die Staatsbürger vermehrt zu passiven «Staatskunden»? Würde man das Interesse der Schweiz in erster Linie gleichsetzen mit allem, was einem selbst und seiner Familie nützt?

Die Politik kann es sich nicht (mehr) leisten, hierzu einfach Sonntagsreden zu halten. Auch die Wirtschaft wird sich die Frage stellen müssen, was ihr das Milizsystem wert ist. Grund genug, genau diese Fragen in Zukunft zu einem grossen Thema zu machen und nach möglichen Antworten zu suchen. Erste Lösungsansätze finden Sie auch bereits im Buch «Ideen für die Schweiz».

Online-Publikation: 10.04.2013

Das Milizsystem beruht auf republikanischen Tugenden und setzt die freiwillige Teilnahme von genügend Bürgern voraus.

Teure Teilkapitalisierung

Die Ausfinanzierung öffentlich-rechtlicher Pensionskassen wird in vielen Kantonen heftig debattiert. Eine Teilkapitalisierung kann aus der Sicht eines Finanzdirektors die günstigere Variante sein, für den Steuerzahler aber kostet sie am Ende mehr.

Jérôme Cosandey

Gemäss neuem Bundesrecht müssen öffentlich-rechtliche Pensionskassen innert 10 Jahren vollkapitalisiert werden, d. h. einen Deckungsgrad von 100 % ausweisen. Eine Ausnahme ist nur möglich, falls sie bis Ende 2013 ausdrücklich eine Staatsgarantie erhalten. Dann müssen sie lediglich bis 2052 einen Deckungsgrad von 80 % erreichen. Man spricht von einer Teilkapitalisierung. Diese wird primär in der Romandie angestrebt, allerdings wird sie auch in anderen Kantonen wie Basel-Stadt, Bern, Solothurn oder Zug als Option diskutiert. Eine Vollkapitalisierung aller öffentlich-rechtlichen Pensionskassen ist teuer und wird auf 50 Mrd. Fr. geschätzt. Auf den ersten Blick scheint die Teilkapitalisierung günstiger, da die gesetzliche vorgeschriebene Fi-

nanzierungslücke kleiner ist. Dieser Eindruck aber trügt.

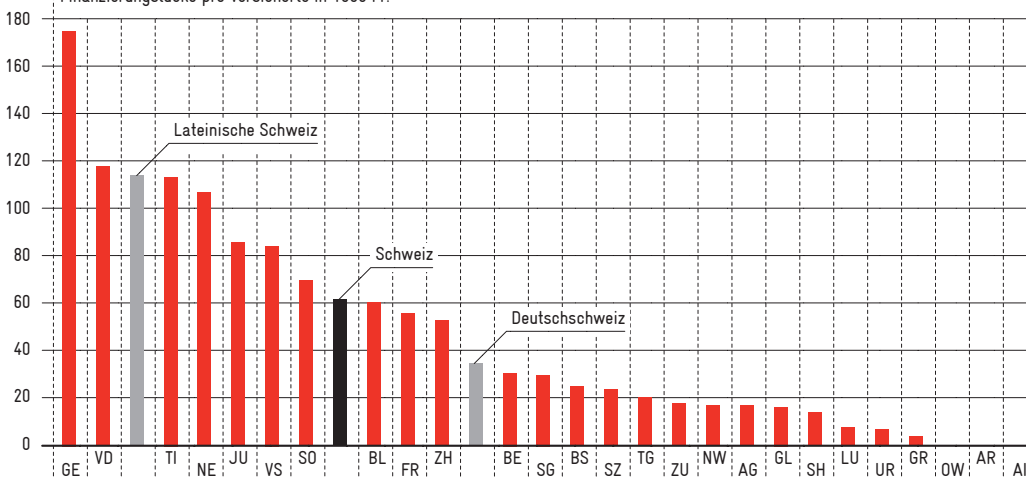
In Raten zahlen kommt teurer

Wer einen schicken Fernseher mit Ratenzahlungen kauft, weiss: spätestens beim Ablauf der Vertragsdauer muss er nicht nur den vollen Preis, sondern auch Kreditzinsen zahlen. Auch wenn sich Rentenversprechen nicht mit Elektrogeräten vergleichen lassen, ist die Finanzierungsanalogie durchaus vertretbar. Eine Kasse mit einem Deckungsgrad von 80 % verspricht Leistungen von 100 %, hat aber nur 80 % der nötigen Mittel. Spätestens wenn der heutige jüngste Versicherte in Pension geht, wird die letzte Ratenzahlung fällig. Eine Teilkapitalisierung ist deshalb nicht günsti-

Regional unterschiedlich grosse Finanzierungslücken

Für eine Vollkapitalisierung aller Pensionskassen fehlen im Schweizer Durchschnitt 63 000 Fr. pro Versicherten. Besonders gross ist der Fehlbetrag mit 173 000 Fr. in Genf. Da ist es legitim, nicht nur über die Finanzierung, sondern auch über eine Kürzung der Leistungen nachzudenken.

Finanzierungslücke pro Versicherte in 1000 Fr.



Quelle: Jahresberichte der kantonalen Pensionskassen per 31.12.2011, Avenir Suisse

ger, denn am Schluss müssen die versprochenen Leistungen in vollem Umfang beglichen werden. Aus Sicht eines kantonalen Finanzdirektors, der sein jährliches Budget ausgleichen muss, ist ein Anzahlungskonzept durchaus vorteilhaft. Der Steuerzahler hingegen spart dabei keinen Franken, im Gegenteil: Eine Kasse in Unterdeckung hat weniger Kapital, das an den Finanzmärkten investiert werden kann. Dadurch sind die Erträge des «Dritten Beitragszahlers», samt Zinseszinsen, geringer und müssen durch zusätzliche Lohn- oder Sanierungsbeiträge kompensiert werden.

Finanzierung und Leistungen abstimmen

Eine Vollkapitalisierung aller öffentlich-rechtlichen Pensionskassen ist teuer und wird auf 50 Mrd. Fr. geschätzt. Im Schweizer Durchschnitt ist der Fehlbetrag pro Versicherten 63 000 Fr., wobei erhebliche regionale Unterschiede festzustellen sind (siehe Abbildung). Während in Appenzell (AI, AR) und in Obwalden die Renten bereits vollfinanziert sind, fehlt für jeden Genfer Staatsangestellten 173 000 Fr. In der gesamten lateinischen Schweiz (FR, GE, JU, NE, TI, VD, VS) sind es im Schnitt 115 000 Fr. Bei solchen Beträgen ist es legitim, nicht nur über die Finanzierung, sondern auch über die Leistungen nachzudenken. Im Kanton Genf wird deshalb neu das Rentenalter 64 eingeführt, in der Waadt ist eine Erhöhung von 60 auf 62 Jahre vorgesehen. Aus Sicht der betroffenen Mitarbeiter ist es verständlich, dass eine Erhöhung des reglementarischen Rentenalters bekämpft wird. Verständlich ist aber auch die Empörung der jüngeren Steuerzahler, die Finanzierungslücke in Milliardenhöhe finanzieren und selber der- ein- bis zum 65. Lebensjahr arbeiten zu müssen. Diese Empörung ist vor allem dann gross, wenn eine Teilkapitalisierung angestrebt wird, sprich, wenn die zukünftigen Renten auch nach der Sanierung nicht vollständig vorfinanziert werden, und wenn Privilegien wie Frühpensionierungen ohne Leistungskürzungen bestehen bleiben. Eine solche Reaktion darf nicht als Votum gegen die Staatsangestellten verstanden werden, sondern ist lediglich ein Ruf nach mehr Fairness und nach gleichen Regeln für alle in der zweiten Säule.

Online-Publikation: 07.03.2013

Stadtland Schweiz

Das Bevölkerungs- und Siedlungswachstum hat die Schweiz zu einer zusammenhängenden Stadt-Landschaft gemacht: Die räumliche Zukunft müsse deshalb städtebaulich gedacht werden, sagt Daniel Müller-Jentsch im Interview mit dem Punktmagazin. Er erinnert daran, dass Avenir Suisse bereits 2005 ein Buch publiziert habe mit dem Titel «Stadtland Schweiz». Heute konzentrierte sich die Zuwanderung auf die fünf Metropolitanregionen, wo Raum und Wohnungen bereits äusserst knapp seien. Die Nachfrage weiche derweil von den Kernstädten in die Agglomeration aus. Doch die Agglomerationen seien raumplanerische Problemzonen, da sich hier ehemals ländliche Gebiete ohne entwickelte Planungskultur in stadtähnliche Strukturen verwandelt. Um diese zusammenhängende Stadtlandschaft sinnvoll zu entwickeln, brauche es gemeinde- und kantonsübergreifende Steuerungsinstrumente. *SH*

Chancengesellschaft

Wie stellen sich liberal denkende Bürger den idealen Sozialstaat vor? Eine Mehrheit der Schweizer könnte diese Frage wohl nicht beantworten. Liberal Denkende bräuchten eine eigene soziale Vision, schreibt Andreas Müller im «Schweizer Monat». Die Deutungshoheit in der Sozialpolitik könne nur dann zurückgewonnen werden, wenn es gelinge, die Bevölkerung davon zu überzeugen, den Wert der Freiheit wieder vor den Wert der Sicherheit zu stellen. Nicht von Ungefähr rede man von «sozialer Sicherheit» und nicht von «sozialer Freiheit».

Eine liberale Sozialpolitik setze beim Gedanken der «Chancengesellschaft» an. Diese ermögliche dem einzelnen, mit Mut, Anstrengung und dem nötigen Quentchen Glück aus dem eigenen Leben das Beste zu machen. Entscheidend sei aber: Die Chancen sollen nicht nur für einige wenige eröffnet werden, die den Aufstieg schon geschafft haben, sondern für sämtliche Bevölkerungsschichten. *SH*

Publikationen



Verantwortlich für diese Ausgabe Gerhard Schwarz und Simone Hofer Frei, Avenir Suisse, Zürich
 Mitarbeitende Barbara Angerer, Alois Bischofberger, Xavier Comtesse, Jérôme Cosandey, Simon Hurst,
 Michael Mandl, Urs Meister, Andreas Müller, Daniel Müller-Jentsch, Jörg Naumann, Verena Parzer
 Epp, Lukas Rühli, Samuel Rutz, Marco Salvi, Patrik Schellenbauer, Annegret Sturm, Rudolf Walser,
 Dominique Zaugg, Luc Zobrist Redaktion Giessereistrasse 5, 8005 Zürich Telefon 044 445 90 00
 E-Mail redaktion@avenir-suisse.ch Gestaltung arnold.kircherburkhardt.ch Druckauflage 8500 Exemplare
 Druck Feldegg AG, www.feldegg.ch Publikation dreimal jährlich Download Nachdruck, auch auszugs-
 weise, mit Quellenangabe («avenir aktuell») gestattet; abrufbar als PDF auf www.avenir-suisse.ch.